

Kleine Anfrage 8/1753

des Abgeordneten Mühlmann (AfD)

Szenarienplanung der Landesregierung im Falle politischer Veränderungen in Nachbarländern

Politische Mehrheiten in den Ländern Sachsen-Anhalt oder Mecklenburg-Vorpommern könnten Auswirkungen auf den sicherheitsbehördlichen Informationsverbund und damit auf die politisch weisungsgebundene Abteilung „Amt für Verfassungsschutz“ im Ministerium für Inneres, Kommunales und Landesentwicklung* haben.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Szenarien zu politischen Veränderungen in den Ländern Sachsen-Anhalt oder Mecklenburg-Vorpommern wurden bisher geprüft?
2. Welche Folgen eines Regierungswechsels in diesen Ländern erwartet die Landesregierung für den Informationsfluss an die politisch weisungsgebundene Abteilung „Amt für Verfassungsschutz“ im Ministerium für Inneres, Kommunales und Landesentwicklung?
3. Welche Maßnahmen wurden erörtert, um mögliche Informationsverluste zu vermeiden?
4. Welche Einschätzungen liegen der Landesregierung vor, inwiefern diese Länder ihre Kooperationsbereitschaft im Verfassungsschutzverbund verändern könnten?
5. Welche Auswirkungen auf Beobachtungs- und Analyseprozesse erwartet die Landesregierung bei veränderten politischen Mehrheiten in Nachbarländern?
6. Welche Strukturen innerhalb der politisch weisungsgebundenen Abteilung „Amt für Verfassungsschutz“ im Ministerium für Inneres, Kommunales und Landesentwicklung* wären besonders betroffen?

* Hinweis der Landtagsverwaltung:
Gemäß § 2 Abs. 1 des Thüringer Verfassungsschutzgesetzes wird bei dem für den Verfassungsschutz zuständigen Ministerium (das Ministerium für Inneres, Kommunales und Landesentwicklung) das Amt für Verfassungsschutz errichtet.

7. Welche Gesprächs- oder Abstimmungsprozesse mit und ohne die politisch weisungsgebundene Abteilung „Amt für Verfassungsschutz“ im Ministerium für Inneres, Kommunales und Landesentwicklung* fanden hierzu mit anderen Ländern statt?

Mühlmann